



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. Dezember 2017
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 338 Anfrage Candan Hasan und Mit. über die Verwendung von Beiträgen aus dem Energieförderprogramm / Finanzdepartement

Hasan Candan ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Hasan Candan: Gemäss einer kürzlich veröffentlichten Studie der ETH und von Comparis sind die Mieten in den letzten zehn Jahren nirgendwo in der Schweiz so stark gestiegen wie in der Stadt Luzern und in Sursee. In der Antwort zu Frage 1 schreibt die Regierung zwar, dass sie sich dieser Problematik bewusst ist, sie will aber nichts dagegen unternehmen. Bei der Antwort zu Frage 2 stellt sich uns die Frage, ob die Durchlässigkeit tatsächlich gewährleistet ist, da viele verschiedene Stellen involviert sind. Deshalb ist es schwierig festzustellen, ob die Gelder tatsächlich richtig deklariert worden sind. In ihrer Antwort zu Frage 3 erklärt die Regierung, dass keine strengeren Kontrollen vorgesehen sind. Das ist nicht nachvollziehbar, denn in den letzten zehn Jahren sind die Mieten für Wohnraum in der Stadt Luzern um 98 Prozent gestiegen. Deshalb sollte der Kanton erst recht Kontrollen durchführen.

Ruedi Burkard: Der Anfragende unterstellt den Hauseigentümern, dass sie ihre Subventionen nicht korrekt deklarieren, und leitet daraus ab, dass die Mieten im Kanton Luzern deswegen viel zu hoch sind. Ich weiss nicht, ob er Beweise für diese Aussagen hat. Wenn Ja, handelt es sich um einen Tatbestand von strafrechtlicher Relevanz, was eine Anzeige zur Folge hätte. Die kantonale Steuerverwaltung wäre ebenfalls froh um entsprechende Informationen. Falls der Anfragende aber keine Beweise hat, handelt es sich doch um recht abenteuerliche Aussagen. Die Antworten der Regierung sind korrekt. Bevor spekulative Aussagen gemacht werden, sollten vorher entsprechende Abklärungen getätigt und die Beweislage dargelegt werden. Aus Sicht der FDP sind deshalb die Antworten der Regierung korrekt.

Armin Hartmann: Ich kann mich meinem Vorredner nur anschliessen. Es handelt sich hier um eine eigenartige Kausalkette. Setzt man das Verhältnis der ausbezahlten Mittel für die Energieförderung im Kanton Luzern in Verbindung mit den bezahlten Mieten, erhält man eine verschwindend kleine Summe. Daraus lässt sich nicht schliessen, dass die Mietpreise etwas mit einer allfälligen Zweckentfremdung von Mitteln zu tun haben. Die Hauseigentümer werden einfach unter Generalverdacht gestellt. Falls es tatsächlich verdächtige Fälle gibt, sollen diese einfach gemeldet werden. Dazu sind aber keine weiteren Massnahmen notwendig.

Daniel Piazza: Fördergelder, die für energetische Sanierungen an den Eigentümer entrichtet werden, müssen bei der Berechnung von Mietzinserhöhungen von den Investitionen abgezogen werden. Die CVP teilt das Anliegen, das der Anfrage zugrunde liegt. Es darf aber nicht sein, dass die politisch gewollte Forderung über die Energieförderprogramme eine preistreibende Wirkung auf die Mieten hat. Wir nehmen zur

Kenntnis, dass der Regierungsrat unsere Meinung teilt. Gemäss der Antwort des Regierungsrates kann sichergestellt werden, dass die Fördergelder korrekt abgezogen werden. Sollte der Anfragende tatsächlich Hinweise darauf haben, dass die Umsetzung dieses Anliegens in der Praxis nicht immer klappt, müsste der Sache auf den Grund gegangen werden. Nach aktuellem Kenntnisstand sehen wir keinen Bedarf für die Einführung weiterer Kontrollen oder verschärfender Massnahmen.

Michael Töngi: Im Mietrecht gibt es nur eine Missbrauchsbekämpfung, aber keine Möglichkeit, einen Vermieter haftbar zu machen. Die Mieter können von der Schlichtungsstelle lediglich die Mietzinserhöhung überprüfen lassen. Es ist kein Straftatbestand, eine Mietzinserhöhung falsch zu berechnen. Die Frage der Fördergelder hat immer wieder zu Diskussionen geführt, auch auf Bundesebene. Dabei wäre es einfach, die Mieter zu informieren, ob und wie viele Fördergelder geflossen sind. Bei einer Zahl von 50 000 bis 100 000 Sanierungen pro Jahr kommt es immer wieder zu einzelnen Fällen, in denen die Fördergelder nicht deklariert werden und die schlussendlich bei der Schlichtungsstelle landen.

David Roth: Bei der Abschaffung der Liegenschaftssteuer hat der Hauseigentümergebiet erklärt, dass die Mieter von der Abschaffung der Liegenschaftssteuer profitieren würden. Ich würde gerne wissen, ob in der Zwischenzeit entsprechende Zahlen dazu erhoben worden sind.

Hasan Candan: Natürlich stelle ich nicht alle Hauseigentümer unter Generalverdacht. Es gibt aber einen Missbrauch, der einfach nicht offensichtlich ist. Es ist im Interesse des Kantons zu kontrollieren, ob die Fördergelder richtig eingesetzt werden. Die SP setzt sich als einzige Partei dafür ein, dass die Mieten gesenkt werden sollten.

Jürg Meyer: Die SP ist nicht die einzige Partei, die sich für die Mieter einsetzt. Auch die CVP hat schon Vorstösse zu diesem Thema eingereicht, sie konnte dabei aber nicht auf die Unterstützung der Linken zählen.

Marcel Budmiger: Wir würden gerne wissen, wie sich die Abschaffung der Liegenschaftssteuer auf die Mieten ausgewirkt hat. Leider haben wir keine Antwort dazu erhalten. Wir würden uns freuen, wenn die CVP unsere Initiative für tiefere Mieten unterstützen würde.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich kann mich dem Votum von Ruedi Burkard anschliessen. Wir gehen nicht davon aus, dass alle Liegenschaftseigentümer etwas falsch machen, sonst würden wir sie ja unter Generalverdacht stellen. Zudem besteht bereits eine Möglichkeit zur Überprüfung. Es macht deshalb keinen Sinn, dass der Kanton zusätzliche Kontrollen durchführt.